

Zukunft Soziale Marktwirtschaft



Impulse # 2015/01

Der Euro – mehr als eine Währung

Zusammenarbeit lohnt sich. Zusammenwachsen noch viel mehr. Nach über 20 Jahren EU-Binnenmarkt und 15 Jahren Währungsunion sind die Mitglieder der Europäischen Union, die man einmal Europäische Gemeinschaft nannte, miteinander verflochten. Ganz eng verzahnt. Aber angesichts einer erneut hitzigen Debatte über eine drohende Staatspleite Griechenlands ist es wieder da: das unguete Gefühl, für die Schulden der Nachbarn aufkommen zu müssen. In Deutschland, dem größten Geberland, sinkt die Bereitschaft zur Solidarität stetig. Und das, obwohl Deutschland vom Euro in vieler Hinsicht profitiert. Gerade im wirtschaftsstärksten Land fragen sich stattdessen viele: Anfang vom Ende der Eurozone?

Henning vom Stein
Head of Brussels Office

Telefon:
+32 2 233-3893
E-Mail:
henning.vomstein@bertelsmannstiftung.de

Sabine Seeger
Europa-Korrespondentin
VDI-Nachrichten

Telefon:
+32 2 8507845
E-Mail:
sabineuseeger@gmail.com

Der Binnenmarkt – verlässlicher Partner im globalen Wettbewerb

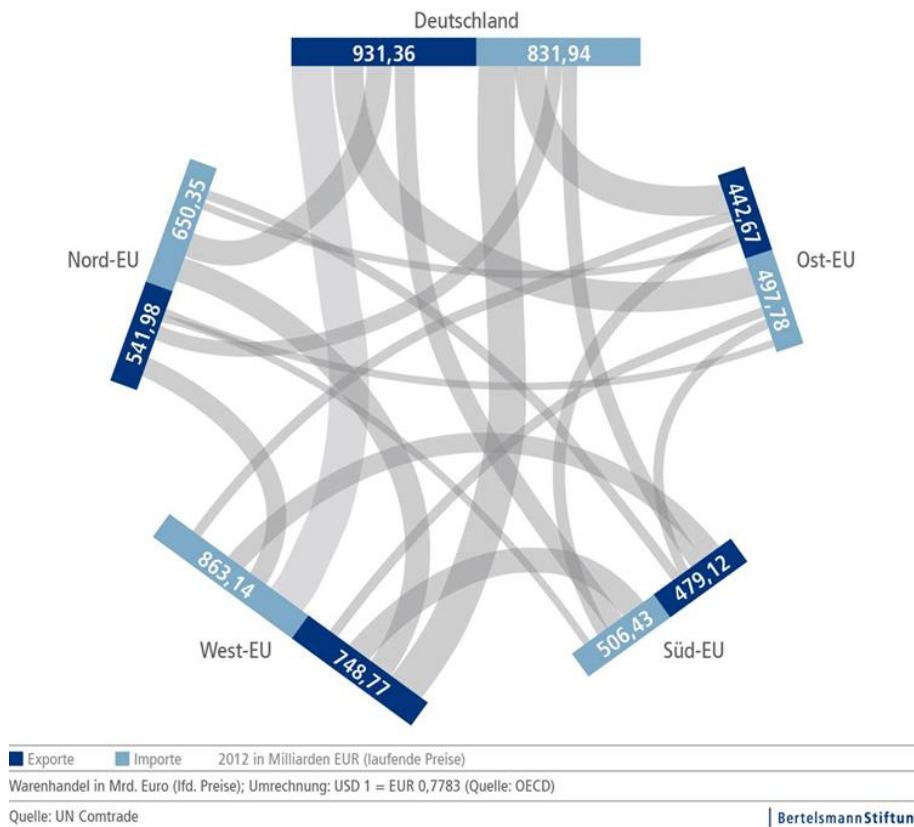
Der innereuropäische Warenverkehr ist keine Einbahnstraße. Die Nachbarn kaufen bei deutschen Unternehmen und verkaufen ihnen auch ihre eigenen Waren. Um Qualitätsprodukte herstellen zu können, brauchen deutsche Unternehmen Vorleistungsprodukte, wie etwa die Autobauer Bremscheiben. Die kaufen sie gern in Tschechien. Auch Maschinenbauer und Metallindustrie greifen auf die „unveredelten“ Produkte aus dem europäischen Ausland zurück. Allein Deutschlands Chemie-Industrie bezahlte zuletzt mehr als 60 Milliarden Euro für Vorleistungen aus dem EU-Ausland. Insgesamt belief sich nach einer Studie der Prognos AG – im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (VBW) – der Wert für Vorprodukte der deutschen Industrie im Jahr 2012 auf 409 Milliarden US-Dollar.

Ähnliches lässt sich auch für Italien zeigen. Das Land hängt an Deutschland und Frankreich, die beide wichtige Abnehmer von italienischem Maschinen- und Transportzubehör, Chemikalien, Textilien und Wein sind. Frankreich wiederum findet in Deutschland, Belgien und Spanien Abnehmer für seine Maschinen und landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Und Deutschland? Die deutsche Wirtschaft profitiert von den Nachbarn, weil diese deutsche Autos und Motorsägen, Fabrikationsstraßen und Werkzeug zu schätzen wissen.

Die Bürger Europas erfahren das Funktionieren des Binnenmarktes tagein, tagaus als Selbstverständlichkeit. Sie kaufen süditalienischen Mozzarella in London, reisen ohne Reisepass von Riga nach Rom oder ziehen für einen gut bezahlten Arbeitsplatz von Salamanca nach Stuttgart.

Verzahnung der Wertschöpfung – zu stark vernetzt für den Alleingang

Handelsverflechtungen in der EU



Zu leicht wird vergessen, dass dieser Verzahnung der Wirtschaftsaktivitäten nach Jahrzehnten der europäischen Integration solide gewachsene und gut funktionierende Geschäftsmodelle zugrunde liegen – eine zuverlässige Arbeitsteilung, die in den immer noch nur auf nationale Werte bezogenen Leistungs- und Handelsbilanzen nicht genügend Berücksichtigung findet. So wird ein Trugbild erzeugt, das die Abhängigkeit der eigenen Arbeitsplätze von denen des Nachbarn ignoriert. Die Illusion, man könne es in der Welt allein schaffen.

Deutsche Unternehmen – vielfach Globalisierungsgewinner – beflügeln durch ihre europäische Einkaufstour für Vorprodukte nicht nur die Bilanzen der Geschäftspartner im Binnenmarkt, sondern schaffen auch konkret Arbeitsplätze in Europa. In Polen hängen rund 600.000 Jobs von der deutschen Nachfrage ab. In Tschechien, den Niederlanden und Rumänien mehr als 300.000. Insgesamt sichern deutsche Firmen in den EU-Nachbarländern 3,5 Millionen Arbeitsplätze und die damit verbundene Nachfrage, die ihnen selbst auch wieder zugutekommt, heißt es in der Prognos-Studie von 2012.

Die Wachstumslokomotive Deutschland zieht und bezieht Kraftstoff aus den angehängten Waggonen? Ja, aber das Bild reicht noch weiter. Wertschöpfungsketten sind heute noch viel weniger auf den Raum nationaler Volkswirtschaften begrenzt, als das vor Einführung des Euro der Fall gewesen ist. Sie greifen über die Grenzen hinweg ineinander, sind eng miteinander verzahnt. Die Geschäftsmodelle der im Binnenmarkt vernetzten Unternehmen sind aufeinander abgestimmt, treiben über gemeinsame Forschung und Entwicklung sowohl Innovationsprozesse voran als auch die Entwicklung neuer Dienstleistungen. Die Zuverlässigkeit dieser inzwischen zusammengewachsenen Wertschöpfungsketten wird aus internationaler Perspektive nicht nur als ein klarer Standortvorteil deutscher Unternehmen angesehen, sondern auch als ein Argument für Investitionen in Deutschland aus der ganzen Welt.

Die Integration der Wertschöpfungsketten im EU-Binnenmarkt setzt also globale Investitionskräfte frei. So stützen sich chinesische Investoren gern auf den Standort Deutschland, um ihre Geschäfte in Europa abzuwickeln. Auch Südamerika nutzt die Vorteile der Vernetzung in der deutschen Wirtschaft. Das gilt insbesondere für den Aufsteiger Brasilien, dessen Industrie traditionell enge Kontakte mit deutschen Partnern pflegt. Sie könnten noch enger sein, denn wie die Studie der Bertelsmann Stiftung „Brasilien und Deutschland: Eine Beziehung im 21. Jahrhundert“ zeigt, gibt es viele gemeinsame Interessen. „Wenn man sie konsequent verfolgen, auf Regierungs-, Institutionen- und Investorenebene koordinieren würde, wären die beiderseitigen Vorteile im Handel, in der Technologie und anderen Bereichen rasch sichtbar“.

Die europäischen Regionen und die dort gewachsenen Wirtschaftsstrukturen haben dabei unmittelbar Auswirkung auf Entwicklung und Potenzial der Zusammenarbeit zwischen Europa und dem Rest der Welt. Das Beispiel des

auf seine Werkstoffkompetenz fokussierten regionalen Clusters Nordrhein-Westfalen zeigt, wie sehr diese Region abhängig ist von einer effizienten Anbindung an die Häfen Antwerpen und Rotterdam. Ein Zusammenhang, der nicht nur auch den Niederlanden und Belgien zugutekommt, sondern außerdem unmittelbaren Einfluss nimmt auf die wirtschafts- und industriepolitischen Agenden der regional agierenden politischen Akteure.

Dies alles zusammen betrachtet, macht Deutschland zu einem klaren Gewinner des europäischen Binnenmarktes. Durch die Integration stieg die deutsche Wirtschaftsleistung zwischen 1992 und 2012 um durchschnittlich 37,1 Milliarden Euro pro Jahr an. Dies entspricht einem zusätzlichen durchschnittlichen Einkommensgewinn von jährlich 450 Euro pro Kopf (siehe dazu die Studie der Bertelsmann Stiftung „20 years of the European single market: growth effects of EU integration“).

Während die Vorteile aus dem europäischen Binnenmarkt schon seit 1988 („Cecchini-Bericht“) untersucht werden und in Zahlen belegbar sind, kamen die Risiken, die mit einem Zusammenbruch des Marktes verbunden sind, in der globalen Finanzkrise 2008 - 2009 deutlich zum Ausdruck. Und sie setzen sich in der Eurokrise seit 2010, die einen tiefen Graben durch Euroland gezogen hat, fort.

Der Euro – Bindeglied zu einer stärker politischen Integration

Der Euro, einst Krönung europäischer Integration, entwickelte in der Krise eher spaltende als einende Kräfte. Verwerfungen zwischen den nationalen Wirtschaften wurden deutlich, Ungleichgewichte sichtbar: Reformbedürftige und hoch verschuldete Volkswirtschaften im Süden Europas gerieten immer mehr in Gefahr, den Anschluss an die dynamischen Volkswirtschaften des Nordens zu verpassen. Hilfsprogramme wurden aufgelegt, Garantien ausgesprochen, die Nachzügler sollten aufgefangen werden. Aber das sorgt für Unmut in großen Teilen der europäischen Bevölkerung. Nicht nur in den Reformländern des Südens, wo die wirtschaftliche Krise schwere soziale Härten mit sich bringt und eine ganze Generation sich um ihre Zukunft gebracht sieht. Auch im Norden macht sich Enttäuschung breit. Die Deutschen sehnen sich nach der D-Mark. 65 Prozent der Befragten in der Studie „How Germany benefits from the Euro in Economic Terms“ meinten, dass es ihnen im Fall eines Fortbestandes der D-Mark heute besser ginge. Mit dem Unbehagen, letztlich nur für die Schulden der Nachbarn herhalten zu müssen, tauchte es plötzlich auf – das Gespenst, das einer Fata Morgana gleich die Menschen glauben lässt, in Zeiten der nationalen Währung sei alles besser gewesen.

Aber die Nostalgiker irren. Fakten belegen: Das Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes in Deutschland hätte mit der alten Währung pro Jahr einen halben Prozentpunkt niedriger gelegen. Und eine Rückkehr zur D-Mark birgt unkalkulierbare Risiken, ein Scheitern des Integrationsprojektes Währungsunion hätte hochriskante Effekte für die Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes. Eine Abkehr vom Euro wäre ein Spiel mit dem Feuer – auch wenn angesichts der jüngsten Entwicklungen im griechischen Schuldenstreit die Versuchung steigen mag.

Protestparteien in Europa – „Die Geister, die ich rief ...“

Seit dem politischen Beben in Griechenland fegt eine heftige Debatte über Europa. Sie setzt gefährliche politische Kräfte in Bewegung, und die Bürger Europas spüren: „Wir sitzen in einem Boot“. Flächendeckend interessieren sie sich nun für die politischen Verhältnisse in einem anderen EU-Land. Sie lernen verstehen: Was in Athen geschieht, betrifft alle. Griechenlands Schuldenberg (320 Milliarden Euro) lastet auf den Euroländern. Auf der Europäischen Zentralbank EZB, dem Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM und den EU-Mitgliedstaaten bzw. den staatsnahen Institutionen wie der Förderbank KfW – de facto also auf den europäischen Steuerzahlern. Es sind Schulden, die die Gemeinschaft trägt. Griechenlands Premierminister Tsipras aber verlangt einen Schuldenschnitt, eine Abkehr von Spar- und Reformversprechen und die Entmachtung der Troika. Damit setzt der Premier eine dauerhafte Perspektive seines Landes in der Währungsunion aufs Spiel.

Die Schuldenlast wird ihm wenig Handlungsspielraum lassen. „Ein Schuldenschnitt – und es geht hier nicht um einen privaten Schuldenschnitt, sondern um einen Schuldenerlass durch die öffentliche Hand, also die europäischen Regierungen – ein solcher Schuldenschnitt würde tatsächlich viel mehr Raum zum Atmen lassen“, konstatiert Henrik Enderlein im jüngsten „flashlight europe“ („Tsipras muss Farbe bekennen“, Nr. 1 – Januar 2015). Konzessionen an dieser Stelle sind fraglich und werden Zeit benötigen, denn es besteht kein Interesse, „die links- oder rechtsgerichteten populistischen Bewegungen gegen den Euroraum, sei es in Spanien, in Italien oder in Frankreich, durch einen vorschnellen Handlungserfolg von Syriza zu stärken“, so Enderlein.

Tatsächlich schauen Oppositionskräfte wie die Fünf-Sterne-Bewegung und die Lega Nord in Italien oder die neue spanische Partei PODEMOS mit Spannung auf die Regierung in Athen. Kommt der Euro-Club den Griechen entgegen, so ihr Kalkül, öffnet er die Tore für Ansprüche aus Spanien, Portugal und Italien. Die jetzigen reformwilligen Regierungen kämen in Erklärungsnot, müssten begründen, warum sie am Spar- und Reformkurs festhalten. Der

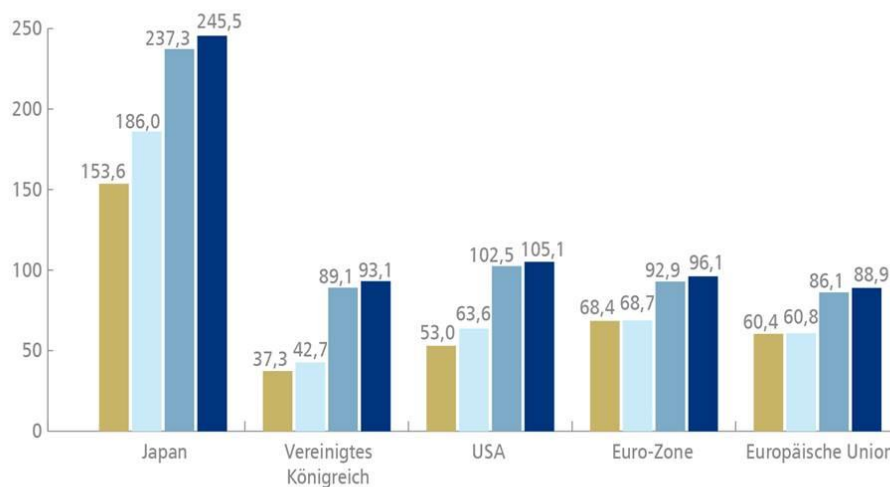
Modernisierungsprozess, der diesen Ländern zu Wettbewerbsfähigkeit verhelfen soll, wäre in Frage gestellt und damit die wirtschaftliche Dynamik, die mit eben diesen Reformen erreicht werden kann.

Die wirtschaftspolitische Steuerung für die Eurozone – eine politische Entscheidung

Seit dem Ausbruch der Krise ist viel diskutiert, viel entschieden worden. Aber die Ursachen, die Ungleichgewichte zwischen den Volkswirtschaften vor allem an den Rändern der Eurozone, sind trotz der vielfältig positiven Entwicklungen des Binnenmarktes noch nicht beseitigt.

Entwicklung des Schuldenstands der öffentlichen Haushalte in ausgewählten Ländern und Regionen

Staatliche Schulden in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Internationaler Währungsfond, World Economic Outlook Database, Oktober 2014. Werte für 2015: Prognosedaten.

BertelsmannStiftung

Alles, was bisher unternommen wurde, lehrt: „One size fits none“ (Studie „Repair and Prepare“ des Jacques Delors Instituts – Berlin und der Bertelsmann Stiftung). Eine wirtschaftspolitische Steuerung muss in der Lage sein, mit Präventionsinstrumenten Krisen vorzubeugen, Ungleichgewichte mit Hilfe von Anpassungsmechanismen auszugleichen und exogene Schocks abzufedern. Erreicht werden kann dies etwa über einen von allen Eurostaaten getragenen „Modernisierungspakt“, in dem auch die Regionen eine angemessene Bedeutung in der wirtschafts- und industriepolitischen Ausrichtung bekommen. Deshalb bedarf die wirtschaftspolitische Steuerung der Eurozone dringend einiger Ergänzungen. Anreize und Sanktionen müssen in

einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Die Fiskalpolitik der Mitgliedsstaaten muss stärker koordiniert werden.

Aber es wird dauern, bis es zu einem solchen Modernisierungsschritt kommt. Nicht nur weil einzelne Euro-Staaten blockieren, sondern weil die damit verbundenen Schritte, z. B. die Schaffung eines Europäischen Währungsfonds, dessen Know-how bei der Bewältigung von Krisen helfen kann, einer Änderung des Europäischen Grundlagenvertrages bedarf. Eine Änderung des Vertrages käme jetzt einem Öffnen der Büchse der Pandora gleich. Seit der Wahl zum Europaparlament im Mai sind die ohnehin komplexen politischen Entscheidungsprozesse noch schwieriger geworden.

Das Votum hat nicht nur Christ- und Sozialdemokraten, Grüne und Liberale, sondern auch Rechtspopulisten, Rechtsextreme, Familien-Traditionalisten, EU-Skeptiker und Euro-Gegner in großer Zahl in Europas Volkskammer geführt. Neben Geert Wilders niederländischer Freiheitspartei sitzen extreme Rechtskonservative aus Polen, die das Frauenwahlrecht für dummes Zeug halten. Auch der italienische Komiker Beppe Grillo mit seiner Fünf-Sterne-Bewegung, der seine Anhänger am liebsten über Twitter und Facebook steuert, sind vertreten. Sie flankieren die Abgeordneten der United Kingdom Independence Party (UKIP). Ihr Parteichef Nigel Farage hat es geschafft, seine integrationsfeindliche Kraft „zu einem festen Teil des Mainstream zu machen“. Im heimischen Großbritannien „sind sie nicht nur Zentrum der britischen Diskussion, sie führen sie auch an“ (spotlight europe, „Im Netz der Populisten“, Mai 2014). Noch vielfältiger wird das Hohe Haus durch Marine Le Pen's Front National, der seine nationalen Interessen gern über Europa lenkt.

Der Einzug der Europa-Skeptiker, der durch die schmerzhaften Anpassungsprozesse in den Schuldenländern und den Unmut der Nordländer befördert wurde, macht jede Mehrheitsbeschaffung im Europäischen Parlament zur Herausforderung. Um überhaupt entscheidungsfähig zu sein, hat sich im Straßburger Haus de facto eine große Koalition gebildet. Die Europäische Volkspartei EVP und die Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten (S&D) ziehen häufig an einem Strang. Dagegen bleiben die Europa-Gegner ohne entscheidenden Einfluss. Aber die sture Abkehr der Griechen vom Reformkurs, die Aufkündigung aller Abmachungen, schürt die Stimmung. Die Euro-Hasser werden lauter. Sie setzen auf einen Austritt des Landes aus dem Euro.

Repair and Prepare – auf zu einer besseren und reformierten Währungsunion

Der Euro ist kein Selbstzweck, sondern Schmiermittel für den Binnenmarkt, für ein Europa ohne Grenzen und Begrenzungen. Darin liegen die Chancen,

sich zum Wohle der eigenen Bürger wirtschaftlich zu verflechten und zu vernetzen. Nur darin können die Nordländer die Zukunft gestalten und die Schuldenländer aufschließen – wenn sie verstehen, ihr eigenes Geschäftsmodell auf Wettbewerbsfähigkeit hin zu trimmen. Nur durch den gemeinsamen Markt und über ihn kann es Wachstum geben. Und Europa braucht Wachstum, eine dem Wirtschaftsraum entsprechende Dynamik. Geschickt eingefädelt, könnte das Investitionspaket von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ein weiterer Schritt hin zu einer vertieften Integration des Binnenmarktes sein; so vor allem auch im Bereich der Kapital- und Dienstleistungsmärkte. Investitionen in eine zukunftsorientierte Bildung, ein effizientes Gesundheitswesen, vernetzte Energiemärkte und eine rasche Digitalisierung sind unabdingbar für eine dynamischere Entwicklung der Produktivität entlang der Wertschöpfungsketten in der Gemeinschaft. Nur über eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im globalen Markt sichern und schaffen wir Arbeitsplätze für künftige Generationen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass Europas Investoren mitmachen, dass es gelingt, nicht nur öffentliches Kapital, sondern auch privates zu mobilisieren. Das aber setzt Vertrauen voraus – Vertrauen zwischen den Euro-Partnern, aber auch das Vertrauen der Finanzmärkte in eine Währung, die ihren Härte-test bei allen Erfolgen noch nicht bestanden hat.

„Das verflixte Griechenlandspiel“, mit dem die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung dieser Tage ihre Leser aufklären wollte, ist eine Partie mit ungewissem Ausgang – für die Griechen wie für ihre europäischen Partner. Jeder Riss, der durch das „Euroland“ geht, ist risikobehaftet, gefährdet er doch den Bestand des Währungsclubs. Wollen wir die Eurozone erhalten, brauchen wir eine Debatte über Schuldenmanagement, eine Insolvenzordnung für Staaten, eine funktionierende Banken-Union, Instrumente, um Ungleichgewichten in der Eurozone vorzubeugen. Und wir brauchen ein faires Maß an Solidarität, das Hilfe zur Selbsthilfe ermöglicht.

Literatur

- Repair and Prepare: Strengthening Europe's Economies after the Crisis, Jacques Delors Institut – Berlin
<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/repair-and-prepare/>
- Wirtschaftliche Folgen eines Euro-Austritts der südeuropäischen Mitgliedsstaaten (Policy Brief)
http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Policy-Brief-GREXIT-en_NW_06_2012.pdf
- Wirtschaftliche Vorteile der Euro-Mitgliedschaft für Deutschland (Policy Brief)
http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Policy-Brief-Vorteile-Euro-Mitgliedschaft-en_NW_01_2013.pdf
- 20 Jahre Binnenmarkt – Wachstumseffekte der zunehmenden EU-Integration (Policy Brief)
http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Policy-Brief-Binnenmarkt-en_NW_02_2014.pdf
- Globalization report 2014 (Langfassung Englisch)
http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Globalization_report_2014-en-NW.pdf
- Wer profitiert am stärksten von der Globalisierung? (Policy Brief)
http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Policy-Brief-Globalisierung-en_NW_01_2014.pdf

- Brasilien und Deutschland: Eine Beziehung im 21. Jahrhundert
<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2014/september/brasilien-und-deutschland-eine-beziehung-im-21-jahrhundert/>
- spotlight europe: „Im Netz der Populisten“, Mai 2014
<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/spotlight-europe-022014-im-netz-der-populisten/>
- spotlight europe: „Tsipras muss Farbe bekennen“, Januar 2015
<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/europa-staerken-und-verbinden/projektnachrichten/tsipras-muss-farbe-bekennen/>
- Prognos AG: Die Bedeutung der deutschen Industrie für Europa
http://www.prognos.com/uploads/tx_atwpubdb/140417_Prognos_Studie_vbw_Bedeutung_dt.Industrie_EU_DE.pdf
- Bruegel: Who's (still) exposed to Greece?
http://www.bruegel.org/nc/blog/detail/article/1557-whos-still-exposed-to-greece/?utm_source=Brueghel+Updates&utm_campaign

Policy Briefs Zukunft Soziale Marktwirtschaft:

- 2010/01: Globale Leistungsbilanzungleichgewichte – China-Bashing ist keine Lösung; Thieß Petersen
- 2011/01: Das Soziale sozialer Marktwirtschaften – Gerechtigkeit in Europa; Dr. Stefan Empter
- 2011/02: Nach der Krise ist vor der Krise – Was schützt uns vor dem nächsten Mal?; Dr. Thieß Petersen, Dr. Jörg Habich
- 2011/03: Zukunftsmodell Soziale Marktwirtschaft; Dr. Thieß Petersen
- 2011/04: Gesellschaftliche Alterung – eine unterschätzte ökonomische Herausforderung; Dr. Thieß Petersen
- 2011/05: Stellschraube Migration: Demographische Projektionen und Ihre Implikationen; Prof. Dr. Martin Werding, Dr. Thieß Petersen
- 2012/01: Auf dem Weg zu einer modernen Arbeitsmarktpolitik; Dr. Juliane Landmann
- 2012/02: Gesetzliche Rente, demographischer Wandel und öffentliche Finanzen; Prof. Dr. Martin Werding, Dr. Thieß Petersen
- 2012/03: Nachhaltiges Wirtschaften – ganzheitliche Strategien und Prinzipien; Dr. Thieß Petersen
- 2012/04: Die Vermessung der modernen soz. Marktwirtschaft; Cortnie Shupe
- 2012/05: Maastricht 2.0 – Vorschlag für eine neue Verschuldungsregel; Dr. Thieß Petersen, Dr. Michael Böhmer, Dr. Johannes Weisser
- 2012/06: Wirtschaftliche Folgen eines Euro-Austritts der südeuropäischen Mitgliedsstaaten; Dr. Thieß Petersen, Dr. Michael Böhmer
- 2012/07: Nachhaltigkeit und Solidarität – Grundgedanken einer neuen Finanzverfassung; Dr. René Geißler
- 2013/01: Wirtschaftliche Vorteile der Euro-Mitgliedschaft für Deutschland; Dr. Thieß Petersen, Dr. Michael Böhmer, Henning vom Stein
- 2013/02: Green and Fair Economy - ganzheitliches Konzept für nachhaltiges Wirtschaften; Céline Diebold, Armando Garcia Schmidt, Dr. Thieß Petersen, Birgit Riess, Dr. Daniel Schraad-Tischler, Henrik Riedel
- 2013/03: Soziale Marktwirtschaft in Europa? – Indexergebnisse; Cortnie Shupe
- 2013/04: Wem nutzt ein transatlantisches Freihandelsabkommen?; Dr. Ulrich Schoof, Dr. Thieß Petersen, Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D.
- 2013/05: Bundesländer, Branchen und Bildungsgruppen – Effekte einer THIP auf Deutschland; Dr. Ulrich Schoof, Mirco Ronge, Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D.
- 2013/06: Europas Nachhaltigkeitsstrategie – Abschied in der Eurokrise oder ambitionierter Neustart?; Céline Diebold, Thomas Fischer, Benjamin Dierks
- 2014/01: Wer profitiert am stärksten von der Globalisierung?; Dr. Thieß Petersen, Dr. Michael Böhmer, Dr. Johannes Weisser
- 2014/02: 20 Jahre Binnenmarkt – Wachstumseffekte der zunehmenden EU-Integration; Dr. Thieß Petersen, Dr. Michael Böhmer, Dr. Johannes Weisser
- 2014/03: Arbeit in der digitalen Welt – Jobless Growth und Cloudworking; Dr. Juliane Landmann

- 2014/04a: Nachhaltiger Konsum von Kindern und Jugendlichen – Eine Frage der Kompetenz; Andreas Galling-Stiehler, Henrik Riedel
- 2014/04b: Nachhaltige Partizipation von älteren Menschen – Soziales Engagement in jedem Alter; Andreas Galling-Stiehler, Henrik Riedel
- 2014/04c: Nachhaltige Haushaltspolitik in Zeiten der Schuldenbremse – Konsolidieren, aber richtig; Andreas Galling-Stiehler, Henrik Riedel
- 2015/01: Globalisierung, Digitalisierung und Einkommensungleichheit; Dr. Thieß Petersen
- 2015/02: Europa investiert!? Deutsche Finanzpolitik im Dilemma; Dr. Henrik Scheller, Dr. Henrik Brinkmann

V.i.S.d.P

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh

Dr. Thieß Petersen
Telefon: +49 5241 81-81218
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

Eric Thode
Telefon: +49 5241 81-81581
eric.thode@bertelsmann-stiftung.de